

Wolfgang Thierse

Vortrag Katholisches Bildungswerk Saerbeck – 16. Oktober 2024

35 Jahre nach Überwindung der Mauer und dem Beginn des deutschen Vereinigungsprozesses erleben wir einen tiefen Einschnitt in unsere Demokratiegeschichte: Zwei unterschiedlich autoritäre Parteien – AfD und BSW – feiern gefährliche Wahlerfolge. Waren das Protestwahlen? Von Abgehängten? Das wohl auch. Aber reden wir über die tieferen Ursachen für Entwicklungen, die ja nicht nur – schauen wir ringsum in Europa und in der Welt – Deutschland betreffen.

Das Dramatische der Gegenwart besteht in der Gleichzeitigkeit verschiedener umwälzender und zugleich krisenhafter Entwicklungen. Eine Polykrise ist es genannt worden, in der die Gefahr groß ist, dass Maßnahmen zur Überwindung der einen Krise die andere verstärken können (Energie- und Klimakrise).

Ich benenne die Entwicklungen in Stichworten:

- die veränderte Globalisierung, also von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen, ökonomischer, technischer und wissenschaftlicher Art;
- die Migrationsschübe – mit den ihnen unvermeidbar folgenden Anstrengungen und Konflikten der Integration;
- die weitere ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralisierung unserer Gesellschaft, die keine Idylle sein wird, sondern voller Konfliktpotential ist;
- die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation und vor allem die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz: was und wen wird sie überflüssig machen, wer bleibt zurück, werden wir Menschen sie beherrschen, oder beherrscht die KI uns;
- die fundamentale ökologische Bedrohung, die radikale Änderungen unserer Produktions- und Konsumtionsweise und insgesamt unseres Lebensstils verlangt und eine Politik der Abkehr vom Wachstumszwang;
- die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte und zuletzt eben der Aggressionskrieg Putin-Russlands.

Im Zusammenhang mit dem letzten Ereignis hat Bundeskanzler Scholz den Begriff Zeitenwende ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Es ist mit Sicherheit ein historischer Einschnitt, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte.

Inzwischen sind manche, aber wohl noch nicht alle Folgen dieses tiefen negativen Einschnittes sichtbar: eine neue Hochrüstungsphase mit ihren fatalen nicht nur materiellen Kosten, neue (alte?) Konfrontationen, ökonomische und soziale und finanzielle Zuspitzungen und Belastungen. Wie geht es weiter mit der überlebensnotwendigen ökologischen Transformation, die wir brauchen, um die Klimakatastrophe zu verhindern? Was wird aus den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt?

Die Gefahr ist groß, dass durch eine sich neu verschärfende, politisch-militärische Polarisierung in der Welt die globalen Anstrengungen aufgekündigt bzw. massiv zurückgeworfen werden. Gemeinsame Anstrengungen, die unbedingt notwendig sind, um die dramatische Welterhitzung mit ihren Folgen von Umweltkatastrophen, Hungersnöten, Energieengpässen und Armutsmigration aussichtsreich zu bekämpfen.

Und blicken wir auf unser Land: Was wird aus unserem deutschen Erfolgsmodell? Die Grundlage für unseren ökonomischen Wohlstand und unsere politische und soziale Stabilität waren ja Verlagerungen: Für unsere Sicherheit waren die USA verantwortlich, unsere Rohstoffbasis war Russland und unser expandierender Absatzmarkt war China. Das machte alles so schön billig. Wir Deutschen haben die Kosten unseres Wohlstands und unserer Freiheit jedenfalls

nicht alle selbst bezahlt! Dass dies so nicht bleiben wird, das wird eine erhebliche Herausforderung für das Innere unserer Gesellschaft, für deren sozialen Zusammenhalt werden! Auch dies ist ein Moment des Krisenhaften an dem, was uns seit dem 24. Februar beschäftigt.

Jetzt wird sich erweisen müssen, ob unsere Demokratie eine Schönwetterdemokratie (gewesen) ist. Denn die Existenzgrundlagen der („alten“) Bundesrepublik waren doch wirtschaftliches Wachstum und stabile Wohlstandsmehrung. Das begründete und ermöglichte die Stabilität unserer Demokratie. Was wird aus ihr werden, wenn diese Grundlage für nicht absehbare Zeit nicht mehr so sicher ist wie gewohnt. Wenn die materiellen und kulturellen Verteilungskonflikte sich – nicht nur in unserem Land, sondern global – verschärfen? Auch das ist eine entscheidende Frage bei dem, was Zeitenwende wirklich bedeutet und bedeuten muss, weit über das Militärische hinaus. Wenn es nicht Früchte von Wachstum, wenn es nicht ein Mehr zu verteilen gibt, sondern ein Weniger. Dann stellen sich härtere Gerechtigkeitsfragen als in den glorreichen Zeiten der alten Bundesrepublik.

Es ist jedenfalls viel, sehr viel, was individuell und kollektiv zu bestehen ist. Die Fülle der Probleme und Veränderungen verstärkt auf unübersehbar heftige Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und auch alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, nach Beheimatung. Allerdings: Die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung dessen, was Halt und Zusammenhalt gibt, insgesamt also ökonomische Abstiegsängste und soziale Überforderungsgefühle und kulturelle Entheimungsbefürchtungen und tiefgehende Zukunftsunsicherheiten – sie sind höchst ungleich verteilt:

Einerseits zwischen den Erfolgreichen, auf den Wellen der Globalisierung Surfenden und andererseits denen, die sich durch die Modernisierungsschübe bedroht fühlen, die Entfremdungsängste empfinden und die die Veränderungen als sozialen Verteilungskonflikt erfahren. Des Weiteren gibt es neben diesen kulturellen und sozialen Spaltungen auch eine sichtbare West-Ost-Ungleichheit, ein West-Ost-Gefälle der Sicherheiten und Gewissheiten: nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen. (Ostdeutsches Selbstbewusstsein fällt schwer. Und wird nicht gefördert durch einen aktuellen Bestseller, der alle Verantwortung für den Osten Deutschlands dem Westen zuweist!)

Zeiten heftiger Veränderungen und Verunsicherungen, also unsere - das sind Zeiten für Populisten, also für die großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser, die die verständlichen Sehnsüchte nach Erlösung von ängstigenden Unsicherheiten flott zu befriedigen versprechen. Zumal eben in Ostdeutschland! Dort trifft ja die gegenwärtige Veränderungsdramatik auf Menschen, die die dramatischen Veränderungen seit 1989/90 mit Schmerzen, Opfern, Verlusten noch nicht gänzlich und vor allem nicht alle gleichermaßen erfolgreich bestanden haben. So viel Umwälzung in kurzer Zeit! Und nun die nächste Welle umgreifender Veränderungen! Das eben macht nicht wenige empfänglich für die einfachen, radikalen Botschaften, für das Angebot alt-neuer konservativ-nationaler Gewissheiten und wütend-aggressiver Abwehr. Eine erfolgreich-gefährliche Mischung – aber doch nicht nur im Osten Deutschlands, wie man in der Corona-Krise erleben konnte. Und ebenso bei den unterschiedlichen Reaktionen auf die russische Aggression.

Die zu bewältigenden Veränderungen sind allerdings insgesamt und im ganzen Land von durchaus erschütternder Qualität: Die Corona-Pandemie hat uns zu neuer Einsicht in unsere Verletzlichkeit gezwungen. Die Beschleunigung der technologischen Entwicklung – man spricht mit Blick auf die Künstliche Intelligenz vom Eintritt ins Exponentialzeitalter – führt uns die „Antiquiertheit des Menschen“ vor Augen (um den Titel eines berühmten Buches von Günter Anders aus dem Jahr 1979 zu zitieren). Was der Einsatz der KI in Kriegen bedeuten könnte, wir können es nur erahnen. Der Aggressionskrieg Putin-Russlands zerstört unser Vertrauen auf eine durch Regeln und Verträge geordnete und sichere Welt des Friedens. Die anhaltende Migration (aus Armut- und Konflikt-Gründen) bringt den Westen, bringt Europa an

die Grenzen ihres humanitär- universalistischen Selbstverständnisses. Und der Klimawandel, die drohende ökologische Katastrophe ist die massivste Herausforderung unseres Zukunftsoptimismus und stellt – vor allem in der jüngeren Generation - die Fortschrittsverheißung des Aufwärts und Mehr infrage. Aber das genau war, das ist doch die Grundannahme, das Fundament der Moderne: Dass der Fortschritt stetig voranschreitet. Wer von uns ist sich dessen wirklich noch sicher?

Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg hat es in einem Essay vor einiger Zeit höchst treffend formuliert: Die Moderne, die „als Projekt der Selbstbefreiung der Menschheit gedacht war und begonnen wurde, schlägt in einen Prozess um, der immer mehr Unfreiheit erzeugt, Zwänge nämlich, denen sich die Menschheit unterwerfen muss. In der sogenannten Klimakrise ist dieser Umschlag mit zerstörender Wucht sichtbar geworden. Die Klimakrise ist es, die der Menschheit jetzt ihre Agenda diktiert, mit einer Dringlichkeit wie sie noch von keiner Herausforderung der Menschheit ausging.“ Das Anthropozän, also unser vom Menschen bestimmtes Erdzeitalter könnte, so seine, so unsere Befürchtung, „das Zeitalter der existenziellsten Ohnmachtserfahrung werden“. Der zu begegnen, bedarf es „zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte einer menschheitlichen Anstrengung“. Das, wirklich, ist, so meine ich, das eigentlich Zentrum dessen, was der Begriff Zeitenwende meint und meinen muss!

Die Reaktionen auf die genannten Erschütterungen, Infragestellungen und Herausforderungen unseres gewohnten Lebens sind höchst unterschiedlich: Nichtwahrhabenwollen auf der einen Seite, Verlustwut auf der anderen, trotziges Bestehen auf dem Weiterso hier und apokalyptische Ungeduld da und in jedem Fall die Erwartung, das Verlangen, dass die Politik schnell handelt, schmerzlose Lösungen, ja Wunder vollbringt. Und da demokratische Politik das nicht so kann, wie gewünscht, nehmen Politikerverachtung und Demokratieverdruss zu. Übertreibe ich?

Der aktuelle Demokratie-Report belegt eine deutliche Abnahme der Zustimmung zu Demokratie und einen erheblichen Verlust des Vertrauens in demokratische Politiker und Institutionen. Die Wahlergebnisse und die Meinungsumfragen zeigen das Erstarken rechtspopulistischer wie linkspopulistischer Parteien. Extremismus, Hass, Gewaltbereitschaft haben insgesamt zugenommen im Land. Und schauen wir uns um in der Welt: In harter Umbruchszeit ist die uns so selbstverständlich gewordene offene und rechtsstaatliche Demokratie nicht mehr gesichert. Sie ist eher die Ausnahme, nicht die Regel. Sie ist kostbar, weil vielfach bedroht – von außen und auch von innen.

Ich erinnere an die Erfahrung mit der Corona-Pandemie. Das war mehr als der unvermeidliche Streit um Einschränkungen, um verpflichtende Regeln, zum Beispiel um das Pro und Contra von einer Maskenpflicht und vor allem einer Impfpflicht (für die und gegen die es nachvollziehbare Argumente gibt). Es war mehr. In vielen Äußerungen (z.B. auch zum Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit, den der Bundespräsident gemacht hat) war wahrzunehmen, wie verbreitet die Vorstellung ist, dass Pflicht gleich Zwang sei. Pflicht habe „bevormundenden Charakter“, sagte sogar eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates. Und man denkt dabei an solche Bevormundungen wie Schulpflicht oder Gurtpflicht oder Steuerpflicht und überlegt, wie sehr sie wohl unsere Freiheit einschränken mögen.

Nicht der Streit ist ärgerlich (er gehört zu einer liberalen Demokratie), sondern mich irritiert die ideologische Überhöhung von Ablehnungen. Sichtbar wird dabei ein problematisches Freiheitsverständnis: Autonomie, (miss-)verstanden als selbstbestimmte, individuelle Selbstverwirklichung gilt ja als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür – und ein verräterisches: Die Anderen, die Mitmenschen sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie. Freiheit bekommt auf diese Weise Fetisch-Charakter, als habe man sie von Natur aus, als sei sie Eigentum. Und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten!

Was mich ärgert, Sie merken es, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit des grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses! Ist das Herunterdimmen von Freiheit und Wahrheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen Andere!

Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis, mit einem so subjektivierten Authentizitäts- und Wahrheitsanspruch die vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen meistern. Es wäre doch gut, wir würden das lernen: Unseren egozentrischen Freiheitsnarzissmus zu erkennen und zu überwinden! Und Freiheit begreifen und praktizieren als die vernünftige Einsicht in die Notwendigkeiten verantwortlichen Handelns, also auch in Beschränkungen und Regeln. Um der Solidarität mit den verletzlichen Anderen willen, um unserer Demokratie willen und um unserer globalen Zukunft willen.

Es gibt einen fundamentalen, geradezu existentiellen Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit. Wie die Geschichte der Demokratien und ihrer Zerstörungen zeigt. (Denken Sie nur an das Ende der Weimarer-Demokratie!) Gleiche Freiheit für alle – das muss das Ziel, muss die dauernde Aufgabe demokratischer Politik sein, um die sie sich erkennbar, wahrnehmbar bemüht. Das ist gerade in dramatischer Veränderungszeit besonders wichtig, zu deren Dramatik ja die Verschärfung sozialer Gegensätze und der Reichtums- Armuts- Unterschiede gehört. Nur wenige Befunde: Nach dem Oxfam-Bericht von 2020 schädigt das reichste Prozent der Weltbevölkerung das Klima doppelt so stark wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Nach Auskunft von Cindy McCain, der Chefin des Welternährungsprogramms, hat sich die Zahl der Hungernden in der Welt seit 2019 fast verdreifacht. Der Preisanstieg für Lebensmittel ist dramatisch. Und in unserem Land hat das reichste Prozent zwischen 2020 und 2021 tatsächlich 81 Prozent des Vermögenszuwachses erhalten. Ich halte dies für höchst gefährliche Entwicklungen.

Denn das können wir doch wissen: Ungerechtigkeit, Armut und Not gefährden die Demokratie. Und: Gerechtigkeit unter Preisgabe der Freiheit herstellen zu wollen, muss scheitern. Das ist die Lehre aus den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Und das heißt heute: Wer bei der überlebensentscheidenden ökologischen Reformpolitik die Gerechtigkeitsfrage missachtet, auch der wird scheitern. Aber ebenso umgekehrt: Wer heute Gerechtigkeitspolitik betreiben will, muss ökologische Reformpolitik betreiben. Denn zerstörte Umwelt belastet die Ärmern und Schwächeren mehr als die Vermögenden, die die Umwelt mehr belasten und sich zugleich von den Folgen eher freikaufen können.

Deshalb ist es so wichtig, dass beide politische Zentralaufgaben in ihrem Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Also energische Reformen vorangetrieben werden, wissenschaftlicher, technologischer, ökonomischer und vor allem ökologischer Fortschritt organisiert wird. **Und** dabei Verluste und Gewinne, Schmerzen und Vorteile fair und gerecht verteilt werden. (Wie notwendig und wie schwierig zugleich das sein kann, das sehen wir gerade beim aktuellen Streit um das Gebäude-Energie-Gesetz.) Im Sinne der genannten doppelten Aufgabe – Fortschritt und Gerechtigkeit um der Freiheit willen – ist ökologische Teilhabe eine moderne Dimension von Verteilungsgerechtigkeit, zu der meine Partei, die Sozialdemokratie, sich zu bekennen hat. Ökologische Teilhabe – das meint die angemessene aktive und wirksame Beteiligung aller an den Anstrengungen wie an den Früchten von nationaler wie globaler Überlebenspolitik. Die Überlebenspolitik, die wird es nicht ohne Zumutungen und Schmerzen geben, die aber, so hoffe ich, zu tragen und zu ertragen sind – wenn sie denn gerecht verteilt werden und mit Zukunftsaussichten verbunden sind. Überzeugende demokratische Modernisierungs- und Reformpolitik muss immer wieder neu ein Angebot, eine Einladung an das Ganze der Gesellschaft formulieren. Sie darf keine Klientelpolitik sein oder als solche erscheinen.

Wahrscheinlich ist das der eigentliche Kraftakt, der von den demokratischen Parteien verlangt wird: Eine Politik zu entwickeln und zu gestalten und mehrheitsfähig zu machen, der es gelingt, bei knapperen Gütern, geringeren Umweltbelastungen und weniger materiellem Wohl-

stand, also trotz vermutlich härterer Verteilungskonflikte, für politischen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Genau das ist, meine ich, auch und gerade die Bewährungsprobe für unsren demokratischen Gemeinsinn.

Es ist sehr viel, was demokratische Politik heute für uns und mit uns Bürgern zu bearbeiten und zu lösen hat, was zu bewältigen ist. Dabei helfen apokalyptische Dramatisierungen weniger (so verständlich sie sein mögen). Vielmehr muss es um Lösungsvorschläge gehen, um die Diskussion von konstruktiven Alternativen, die auf Verwirklichung zielen, auf die Lösbarkeit von Problemen. Um eine begründete Zuversicht, dass es wirklich gelingen kann, durch Kreativität und Innovationskraft, durch Änderung unserer Produktions- und Konsumtionsweise die Zukunft zu gewinnen. Es wäre gut, wenn Politik und vor allem auch politische Kommunikation hoffnungsorientierter sein könnten, statt Ängste zu verbreiten und Unsicherheit und Abwehr zu vermehren. Nicht nur Notwendigkeiten beschwören, sondern zeigen, was möglich ist – im Großen wie im Kleinen! Die meisten Menschen sind doch schließlich süchtig nach guten Nachrichten. Die schlechten können wir kaum noch ertragen. Und Kassandrarufer, wir erinnern uns, bewirken wenig.

Die Zeitenwende - sie ist (hoffentlich) keine Endzeit (wie die „Letzte Generation“ beschwört). Sie ist aber auch keine Zeit der Wunder, sondern eine Zeit für energisches Handeln! Für eine neue Ernsthaftigkeit, für die Konzentration der gemeinschaftlichen politischen Anstrengungen auf die Überlebensaufgaben der Menschheit!

Und die Christen? Wir sind hier schließlich auf einem Kirchentag. Wir Christen, sollten um Verständnis für demokratische Politik, für demokratische Politiker werben, deren Handeln und Entscheiden immer unter Unsicherheits- unter Unwägbarkeitsbedingungen stattfindet.

Wir Christen wissen es doch nicht deshalb schon besser, weil wir Christen sind. Aber weil wir Christen sind, sind wir unabweisbar herausgefordert mitzudenken und mitzutun bei der Bewältigung der scheinbar überwältigenden Probleme der Gegenwart: Den Krieg zu beenden, pluralistische Vielfalt in unserer Gesellschaft friedfertig zu leben, technologische Umwälzungen menschenfreundlich zu gestalten – und vor allem die überlebensnotwendige, schmerzliche und zukunfteröffnende ökologische Transformation entschlossen zu verwirklichen.

Wie das alles genau auszusehen hat, in welchen Schritten dies genau zu erfolgen hat, darüber haben wir Christen, haben die Kirchen kein gesondertes Wissen. Das ist vielmehr im demokratischen Streit zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, zwischen den Generationen und in der Bürgergesellschaft auszuhandeln und in die Tat umzusetzen, in Veränderungen und Reformen der Zukunftsgestaltung. Und wir Christen haben uns daran kräftig und engagiert zu beteiligen: Antworten zu finden auf die Frage nach Alternativen zum herrschenden System der Wachstumswirtschaft, nach einer Politik der Abkehr vom Zwang zum Weiter- so und Immermehr, nach realistischen und vielleicht sogar ansteckenden Vorstellungen von einem guten, gelingenden Leben, das möglich und vielleicht sogar erstrebenswert ist, wenn und weil unsere bisherige Wirtschafts- und Lebensweise nicht mehr zukunftsfähig ist.

Christlicher Glaube kann und soll dazu starke Motivation sein und kräftige Hoffnung vermitteln wider alle Skepsis und Resignation, wider alle Apathie und Verzweiflung, wider alle Verlustangst und Verzichts-Apokalypse wider alle Bequemlichkeit und störrische Abwehr! Nicht mehr, aber auch nicht weniger als Hoffnung.

Und die Überzeugung, die Botschaft, dass gutes, gelingendes Leben nicht identisch ist mit andauerndem wirtschaftlichem Wachstum und ständiger Wohlstandsvermehrung! Und dass individuelle Selbstverwirklichung angesichts der Bedrohung durch Krieg und Klimakatastrophe zweitrangig sein könnten. Und Selbsterhaltung nur als gemeinschaftliches Projekt gelingen kann. Gesellschaft und Demokratie bedürfen solcher Botschaft nüchterner Wahrhaftigkeit. Bedürfen der Hoffnung, die von Ängsten und Resignation frei machen kann. (Wir Christen könnten und sollten mit dieser Botschaft doch eigentlich ganz bei uns selbst sein, hoffe ich!)